FileNr:54|id:7X6X-V350-Y8XK-R3KS|date:2009-12-01|source:Welt|title:Eingebaute Schuldenbremse; Der IfW-Präsident fordert eine Kommission zur Überwachung der Staatsverschuldung

#######DONT CHANGE THE ABOVE############

Die aktuelle Debatte um die deutsche Steuerpolitik basiert auf einem grossen Missverstaendnis. Das Missverstaendnis ist, dass Steuersenkungen zwar aktuell der Wirtschaft helfen koennen, aber nur auf Kosten einer zukuenftig hoeheren Staatsverschuldung. Die hoeheren Staatsschulden wuerden hoehere Zinsen nach sich ziehen, weil die Finanzmaerkte Regierungen bestrafen, die hoehere Schulden machen. Die hoeheren Zinsen koennten dann wiederum in der Zukunft die Wirtschaft schwaechen. Das ist jedoch eine Illusion. Wenn wir jetzt die Steuern senken und die Staatsausgaben in etwa konstant halten, steigt die Staatsverschuldung, aber ob das die kuenftige Wirtschaft schwaecht, haengt davon ab, was mit kuenftigen Staatsdefiziten ist. Angenommen, die Regierung wuerde sich klar zu einer ausgeglichenen, antizyklischen makrooekonomischen Politik bekennen: Dann wuerden nicht nur in Rezessionszeiten die Steuern im Verhaeltnis zu den Staatsausgaben sinken, sondern das Gegenteil wuerde auch in Boomzeiten passieren. Somit wuerde das in Krisenzeiten aufgebaute Staatsdefizit durch Ueberschuesse in Boomzeiten ausgeglichen. Wenn diese Politik verlaesslich waere, koennte die Regierung sicherstellen, dass die Staatsverschuldung im Verhaeltnis zum Bruttosozialprodukt ueber die wirtschaftlichen Zyklen hinaus nicht zunimmt. Unter diesen Umstaenden wuerden hoehere Staatsdefizite in Krisenzeiten nicht fuer Alarmstimmung auf den Finanzmaerkten sorgen, denn jeder wuerde erwarten, dass mit einer Erholung der Wirtschaft auch das Defizit zurueckgefahren wuerde. In der Vergangenheit waren die Regierungen jedoch nicht in der Lage, eine antizyklische Wirtschaftspolitik zu machen. In schlechten Zeiten wurde richtigerweise nach schuldenfinanzierten staatlichen Hilfen gegriffen. Aber wenn in guten Zeiten Geld uebrig war, verlangten die Waehler - ermutigt von saemtlichen Ministerien, mal vom Finanzministerium abgesehen - Ueberschuesse fuer eine endlose Liste von Wohltaten auszugeben. Fuer dieses Problem gibt es eine einfache Loesung: Die Regierung muss sich selbst Fesseln anlegen. Die Staatsdefizite aus Krisenzeiten muessen automatisch durch Ueberschuesse aus Boomzeiten ausgeglichen werden. Fuer diesen Zweck sollte die Regierung eine unabhaengige Autoritaet schaffen - nennen wir sie Schuldenkommission. Die Regierung wuerde der Schuldenkommission melden, wie stark sie die Wirtschaft waehrend einer Rezession stimulieren moechte. Die Kommission haette dann zwei Aufgaben: Zum einen muesste sie den Wirtschaftszyklus beurteilen, um zu bewerten, in welcher Phase man sich gerade befindet (Rezession, Aufschwung, Boom, Abschwung). Dann muesste sie der Regierung vorgeben, wie hoch die staatlichen Defizite oder Ueberschuesse in der gegebenen Konjunkturphase sein muessen, um die Staatsschul-den im Verhaeltnis zum Bruttosozialprodukt nicht langfristig ansteigen zu lassen. Natuerlich werden Regierungsvertreter diesen Reformvorschlag wenig attraktiv finden. Denn sie wuerden die Macht verlieren, ihren Waehlern unhaltbare Versprechen zu machen. Interessengruppen wuerden Macht einbuessen, Forderungen nach Subventionen oder Steuererleichterungen zu stellen. Niemand findet es schoen, Macht zu verlieren. Aber es waere sicher im oeffentlichen Interesse. Man koennte einwenden, dass doch ab 2016 die sogenannte Schuldenbremse in Kraft tritt, die - von Ausnahmen abgesehen - die die jaehrliche Neuverschuldung auf 0,35 Prozent des Bruttosozialprodukts begrenzt und den Bundeslaendern ab 2020 neue Schulden gaenzlich verbietet. Das Gesetz soll ja einer verantwortungslosen Fiskalpolitik vorbeugen. Doch die Schuldenbremse ist kontraproduktiv. Sie verhindert naemlich eine energisch antizyklische Finanzpolitik in einer grossen Rezession, wie die letzte. Wenn Deutschland von solch einer Rezession getroffen wird, waeren der Regierung die Haende gebunden, denn die Finanzpolitik waere durch die Schuldenbremse und die herkoemmlichen automatischen Stabilisatoren (die existierenden Steuern und Transfers) diktiert. Eine solche Situation wuerde dann als inakzeptabel angesehen werden und die Schuldenbremse wuerde zurueckgenommen, reformiert oder aufgeweicht werden. Genauso wie es richtig ist, eine unabhaengige Zentralbank zu haben, deren Geldpolitik darauf ausgerichtet ist, Inflationen zu vermeiden, braucht es eine unabhaengige Schuldenkommission, die dafuer sorgt, dass die Staatsschulden nicht ausser Kontrolle geraten. Die Regierung richtet mehr Schaden an, als dass sie Nutzen stiftet, wenn sie durch Staatsschulden kurzfristige politische Ziele verfolgt. Es ist Zeit, eine unabhaengige Schuldenkommission zuzulassen, die ueber die Staatsschulden wacht....

Fokus Deuschland